

Soll es einen harten Brexit geben?

Großbritannien will an diesem Mittwoch den Antrag auf Ausstieg aus der EU einreichen / Mit welcher Strategie die Gemeinschaft darüber verhandeln soll, ist strittig

Pro: Der Binnenmarkt hat einen Preis, den die Briten nicht zahlen wollen – deshalb muss die EU Strenge zeigen, sagt Thomas Fricker

Dieses vorweg: Das Allerbeste wäre kein Brexit gewesen. Leider haben die Briten aber vergangenen Juni in einer Volksabstimmung für den Ausstieg aus der Europäischen Union gestimmt. Es offenbarte ein merkwürdiges Demokratieverständnis, würde man diese Entscheidung nicht respektieren.

Hauptargument der Brexit-Befürworter war und ist, es müsse Schluss damit sein, dass Fremde (gemeint ist: in Brüssel) darüber bestimmten, wer nach Großbritannien einreisen, dort leben und arbeiten dürfe. Das spielte an auf den EU-Streit über die Aufnahme von Flüchtlingen, aber zielte direkt auf die Personenfreizügigkeit innerhalb der EU, jenes Herzstück europäischer Einigung, ohne das



eben auch die anderen Elemente – der gemeinsame Binnenmarkt, ein freier Finanz- und Dienstleistungsverkehr – nicht vorstellbar sind. Es war nur logisch, dass Premierministerin Theresa May schon vor dem Einreichen des offiziellen Austrittsantrags ankündigte, ihr Land wolle auch den gemeinsamen Binnenmarkt verlassen. Damit hat die britische Regierung selbst ihr Desinteresse an einem „weichen Brexit“ signalisiert.

Was würde dieser bedeuten? Der gängigen Definition zufolge trat Großbritannien nach diesem Modell zwar aus der EU aus, bliebe jedoch Teil des Binnenmarktes und müsste dafür allerdings auch weiterhin zum EU-Haushalt beitragen, EU-Bürger auf der Insel

wohnen lassen sowie die EU-Gerichtsbarkeit akzeptieren, so wie das beispielsweise Norwegen tut. Wenn Großbritannien dies alles ablehnt, ist schwer nachvollziehbar, warum ausgerechnet die verbleibenden EU-Mitglieder den Briten das Privileg des freien Warenaustauschs zum Nulltarif gewähren sollen. Aus Liebe zu den Brexit-Gegnern im Vereinigten Königreich? Aus Sorge um den Verbleib der drei Millionen EU-Bürger, die derzeit dort leben – und deren Schicksal die Regierung May schnöde zur Verhandlungsmasse erklärt hat?

Das Nein der Briten hat die EU der restlichen 27 Staaten in ihrem Selbstverständnis erschüttert – zu einem Zeitpunkt, da Egoismen und nationalistische Tendenzen ohnehin erstarken. Umso wichtiger ist, dass die verbleibenden Mitglieder nun tatsächlich zusammenstehen und sich auch nicht im Zuge der Brexit-Verhandlungen auseinanderdividieren lassen. Denn es stimmt zwar: Das Errichten der üblichen Zollschranken nach den Regeln der Welthandelsorganisation dürfte die Wirtschaft bremsen und damit tendenziell den Wohlstand mindern. Aber erstens werden die negativen Auswirkungen für die Briten gravierender sein als für die EU insgesamt. Und zweitens wären die Folgen allzu großer Nachgiebigkeit den Briten gegenüber noch schlimmer: Weitere EU-Mitglieder würden sich ermutigt fühlen, nur noch die Zuckerrückstände Europas einheimen zu wollen, nicht aber Pflichten und Verantwortung für die Gemeinschaft zu tragen.

Falsch verstandene Liberalität dem Aussteiger gegenüber würde das gesamte Europa-Projekt gefährden. Daher kann die Linie nur sein: Hart und einig auf den wichtigen EU-Forderungen beharren. fricker@badische-zeitung.de

Contra: Ein Ausschluss Großbritanniens aus dem Binnenmarkt würde lange Unfrieden stiften, meint Bernd Kramer

Warum wird der 2009 gestorbene Lord Dahrendorf noch heute geschätzt? Er konnte unter anderem seine Sicht der Dinge einfach erklären. So hat es der Soziologe 1979 bei der Jean-Monnet-Vorlesung getan. In seinem Vortrag zum Gedenken an einen der „Väter Europas“ brauchte Dahrendorf nur vier Worte, um auszudrücken, welchem Prinzip Europa folgen sollte. Der Publizist forderte ein Europa à la carte. Also kein Europa, in dem jeder Staat stets den gleichen Regeln unterliegt, sondern ein Europa, in dem jeder Staat weitgehend selbst entscheidet, was gut für ihn ist. Das schließt gemeinsame Institutionen wie eine Zollunion und Verträge wie einen Beistandspakt im Verteidigungsfall nicht aus. Allerdings kann sich jeder aussuchen, welchen Teil des Menüs er haben will. Dies würde der europäischen Integration mehr dienen als das Bestreben, alles zu vereinheitlichen.

Dahrendorfs Empfehlung taugt auch für die Brexit-Verhandlungen. Der Rest der EU sollte hinnehmen, dass sich eine Mehrheit der stimmberechtigten Briten bei einer Volksabstimmung gegen eine weitere EU-Mitgliedschaft des Landes ausgesprochen hat – auch wenn der Hauptgrund, die Ablehnung der Freizügigkeit, rational nicht nachvollziehbar ist. Die Briten sollten froh darüber sein, dass die im Land ansässigen Polen Heizungen reparieren und Dächer wasserdicht machen. Allerdings hat niemand das Recht, dem anderen vorzuschreiben, was für ihn gut ist. Deshalb sollte man das britische Votum akzeptieren, zumal es nicht unter den Bedingungen einer Bananenrepublik zustande kam, sondern unter den Spielregeln einer Demokratie. Diese Regierungsform stellt auch sicher, dass Staaten Beschlüsse ändern können, wenn diese für den Alltag nicht taugen. Wer nun fordert, die Briten mit einem Ausschluss aus dem Binnen-

markt für den Brexit zu bestrafen, ist anmaßend. Hohe Zollmauern oder andere Handelsbeschränkungen zwischen der Rest-EU und Großbritannien würden auch jene Briten treffen, die gegen den Brexit sind. Wenn britische Exporte in die EU wegen Zöllen teurer werden, kostet das Jobs auf der Insel und schmälert den Wohlstand in der EU. Andersherum gilt genau das Gleiche. Die Ressentiments würden steigen. Das liegt in niemandes Interesse. Zudem werden die Briten der EU in Sachen Freizügigkeit entgegenkommen. Das Londoner Finanzzentrum ist auf Fachkräfte aus der EU angewiesen. Auch die EU braucht Großbritannien. Ohne die streitbaren Briten ist das Versprechen, die osteuropäischen Staaten



gegen russischen Einfluss zu schützen, nur halb so viel wert. Und was wäre Europa ohne das britische Denken? Vom Cambridge-Ökonomen John Maynard Keynes stammt die Erkenntnis, dass die harte Bestrafung von Staaten zu nichts Gutem führt. Er war es, der nach dem Ersten Weltkrieg gegen die hohen Reparationszahlungen Deutschlands an seine Kriegsgegner Widerstand leistete. Sie waren eine Bürde für die Weimarer Republik. Eine harte Haltung gegenüber den Briten mag Ausdruck von Prinzipientreue sein. Aber was nützt sie, wenn sie den Menschen schadet und Unfrieden stiftet? Lord Dahrendorf sagte sinngemäß: Europa sollte nicht wehtun. kramer@badische-zeitung.de

FOTOS: BZ / ILLUSTRATION: COLOURBOX/REISER

Kein Wandel steht zur Wahl

BZ-GASTBEITRAG: Cristina Espinosa über die Präsidentschaftswahl in Ecuador und ein Land, das seine natürlichen Ressourcen ausbeutet

Im Jahr 2008 schrieb das lateinamerikanische Ecuador Geschichte, als die Rechte der Natur verfassungsmäßig festgeschrieben wurden. Ziel der Verfassung sei es, bürgerliche Koexistenz in Vielfalt und Harmonie mit der Natur (das Grundprinzip des „buen vivir“ oder „guten Lebens“) zu entwickeln. Am 19. Februar 2017 waren etwa zwölf Millionen Bürger zu vermeintlich richtungweisenden Wahlen des Präsidenten und der Nationalversammlung aufgerufen. Nach zwei Amtszeiten durfte Präsident Rafael Correa nicht mehr zur Wiederwahl antreten. Sein von der Regierungspartei designierter Nachfolger Lenin Moreno verfehlte jedoch trotz starker Unterstützung die für einen Sieg in der ersten Runde notwendigen 40 Prozent der Stimmen. Auf seinen konservativen Herausforderer Guillermo Lasso entfielen 28,1 Prozent. Bei der Wahl soll es zu Unregelmäßigkeiten und Wahlbetrug gekommen sein. Eine Stichwahl am 2. April 2017 soll nun die Entscheidung bringen, der Ausgang ist ungewiss.

Das Scheitern Morenos in der ersten Runde zeigt deutlich, dass die ecuadorianische „Bürgerrevolution“, die die Alianza PAIS 2006 an die Macht brachte, an Zu-

spruch verloren hat. Obwohl das letzte Jahrzehnt hohe Wachstumsraten, Investitionen in die Infrastruktur und politische Reformen brachte, wuchs die Unzufriedenheit mit der Politik Correas. Auch Institutionen, die wie die größte indigene Organisation Ecuadors CONAIE zuvor seine Politik mittragen, verweigern nun die Unterstützung. Dem scheidenden Präsidenten werden Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit vorgeworfen, das Land ächzt unter Korruptionsskandalen. Auch die aggressive Förderung der umweltschädlichen Bergbau- und Ölindustrie lehnen immer mehr Menschen ab. Weil Ecuador auf die Ölförderung gesetzt hat, ist das Land in immer größere Abhängigkeit vom schwankenden Ölpreis geraten. Dessen niedriger Stand hat in den letzten Jahren die Staatseinkünfte erheblich schrumpfen lassen. Um neue Ölfelder zu erschließen, drängen Ölunternehmen immer tiefer in biologisch und kulturell sensible Gebiete wie in das Yasuni Biosphärenreservat im Amazonasgebiet vor. Dieses besitzt aufgrund seines Artenreichtums und als Heimat indigener Völker, die bislang noch nicht in Kontakt mit anderen Menschen kamen, weltweit große Bedeutung.

Das Erbe von Rafael Correa: Inflation, mehr Schulden und Arbeitslose

Um die Einbußen aus der Ölförderung aufzufangen, setzt Ecuador nun auf den Bergbau, insbesondere auf die Förderung von Kupfer und Gold. Konzessionen wurden vielfach an transnationale Unternehmen vergeben. Häufig gelten die Konzessionen auch in Teilen von geschützten Gebieten oder indigenen Territorien. Die Ausbeutung der Rohstoffe verursacht oft extreme soziale und ökologische Schäden. Daher überrascht es nicht, dass die Zunahme von Bergbauprojekten verstärkt zu Konflikten und gewaltsamen Protesten führt.

Die Regierung Correa reagierte mit harter Hand, kriminalisierte soziale Proteste und schränkte Versammlungs- und Meinungsfreiheit ein. Trotz aller ideologischen Diskrepanzen während des Wahlkampfes unterstützen sowohl das sozialistische Regierungslager wie auch die bürgerlich-konservative Opposition ein ökonomisches Entwicklungsmodell, das auf eine immer stärkere Ausbeutung natürlicher Ressourcen setzt. Egal, ob dieses Modell nun den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ verwirklichen oder ökonomische Indikatoren wie das Bruttoinlandsprodukt verbessern soll – es steht für erhebliche Belastungen für Umwelt, ländliche indigene Gemeinschaften und zukünftige Generationen. Der jüngste Verfall globaler Rohstoffpreise führte so zu der größten wirtschaftlichen

Rezession seit der Bindung der Währung an den Dollar im Jahr 2000. Immer mehr kämpft das Land mit steigenden Preisen, wachsender Arbeitslosigkeit und einer bedrohlich wachsenden öffentlichen Schuldenquote. Wie auch in anderen Ländern Lateinamerikas führen ökonomische Krisen zu sozialen Konflikten und politischer Instabilität.

Es ist also bemerkenswert, dass nach einer Dekade von „buen vivir“ und in der Verfassung verankerten Rechten der Natur das vorherrschende Entwicklungsmodell in den Wahlprogrammen der politisch so verschiedenen Kandidaten nicht hinterfragt wird. So wählen die Ecuadorianer am 2. April zwischen zwei Programmen, die keine Veränderung verheißen und die jene dringend notwendigen Diskussionen über die enormen Herausforderungen aktueller globaler Prozesse sozialen und ökologischen Wandels vermeiden.



Cristina Espinosa arbeitet derzeit am Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg, ist zuständig für den Themencluster Ressourcenpolitik und ist Regionalverantwortliche für Lateinamerika.

PRESEESTIMMEN

Mächtig daneben

Die Magdeburger „Volksstimme“ über Fehlprognosen der Meinungsforscher bei der Saarlandwahl: „Und wieder lagen sie mächtig daneben, die Demoskopien. Mitte März prognostizierte etwa Infratest dimap mit 35 Prozent eine hauchdünne Führung der CDU vor der SPD (34 Prozent). Doch es kam ganz anders: Letztlich betrug der Vorsprung der Union vor den Sozialdemokraten satte 11,1 Prozentpunkte. Der Wähler wird für die Meinungsforscher zunehmend zum unbekanntem Wesen (...). Der 26. März war ein schwarzer Sonntag für die Demoskopien. Sie sind jetzt in großer Erklärungsnot und müssen ihre Methoden dringend überprüfen.“

Keine Wechselstimmung

Die „Rhein-Neckar-Zeitung“ (Heidelberg) schreibt zu Rot-Rot-Grün: „Die einzige Begründung, die die Genossen bisher für eine Abwahl der Merkel-Regierung bieten, lautet: Es reicht. Es reicht der SPD. Mag ja sein. Aber eine Wechselstimmung ist erst dann vorhanden, wenn es den Wählern reicht. Merkel wurde angreifbar durch ihre Flüchtlingspolitik. Das stimmt. Aber wieso sollte davon Rot-Rot-Grün profitieren?“